

Rede von Dr. habil. Navid Kermani
beim Festakt anlässlich des 75. Geburtstages des Landes Niedersachsen
am 1. November 2021 in Hannover

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
meine Damen und Herren,

am 27. August sind die letzten deutschen Soldaten aus Afghanistan zurückgekehrt. Seitdem hat Deutschland eine Bundestagswahl erlebt, normalisiert sich das öffentliche Leben trotz steigender Infektionszahlen vorläufig wieder, kehren Zuschauer in die Stadien und Theater zurück, feiert ein Bundesland nach dem anderen seinen 75. Geburtstag, verhandeln die Wahlsieger, zerlegen sich die Wahlverlierer und liegt ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen immer noch fern. Und Afghanistan? Ist zwei Monate später, hat jemand anderes erwartet?, schon kein Thema mehr. Die hundertsechzigtausend deutschen Soldaten, die in Afghanistan gedient haben, müssen selbst damit zurechtkommen, daß ihr Einsatz aufgrund des Abkommens der Vereinigten Staaten mit den Taliban und des Nichteinsatzes europäischer Diplomatie gleichsam über Nacht jeden Sinn verloren hat. Erst recht sich selbst überlassen sind die 38 Millionen Afghanen, inzwischen sechs Millionen von ihnen im Exil, Tendenz steil steigend. Sie müssen damit zurechtkommen, daß ihr Land auf den Stand von vor zwanzig Jahren zurückgeworfen worden ist, Tyrannei, religiöser Extremismus, Frauenfeindlichkeit, Verachtung der Menschenrechte, Verachtung der Kultur, Verachtung jedweder Andersartigkeit, nur daß etwas Entscheidendes jetzt zusätzlich fehlt: die Hoffnung auf Befreiung.

Warum Afghanistan? werden Sie, meine Damen und Herren, sich womöglich fragen. Hatten wir davon nicht zuletzt genug? Weshalb spreche ich nicht über Niedersachsen, wie es sich an einem solchen Festtag gebührt? Nun bin ich zwar vieles, ich bin eingewanderter Iraner, gebürtiger Westfale, zugezogener Rheinländer, dankbarer Deutscher, überzeugter Europäer, aber Niedersachsen kommt in meinem Portfolio von Herkünften und Kompetenzen nicht vor.

Deshalb habe ich mich der Einladung des Ministerpräsidenten, am heutigen Tag die Festrede zu halten, zunächst höflich entzogen. Prompt entgegnete die Staatskanzlei, über Niedersachsen werde an diesem Tag schon genug geredet. Gewünscht seien eher Gedanken zu einem allgemeinen politischen Thema, damit der Festakt sich nicht mit einer Selbstbespiegelung begnügt. Gut, dachte ich, ich könnte über den Föderalismus sprechen, inwiefern er zum Gelingen der Bundesrepublik beigetragen hat und vor welchen Herausforderungen er angesichts der Globalisierung steht. Aber dann sah ich die Menschen, die sich in Kabul an die abhebenden amerikanischen Flugzeuge klammerten und aus Hunderten Metern wie Steine zu Boden fielen, und ich bekomme diese Bilder, dieses ganze, so unglaubliche, gespenstische Geschehen nicht mehr aus dem Sinn. Ich kann mich nicht erinnern, daß mich in den letzten Jahren ein politisches Ereignis so sehr mitgenommen hätte wie die Rückkehr der Taliban an die Macht. Das liegt sicher an meinen eigenen Eindrücken von diesem so schönen, so geschundenen Land, mit dem die Weltpolitik seit dem Einmarsch der Roten Armee vor über vierzig Jahren Fußball spielt. Das liegt auch an meinen afghanischen Bekannten in Deutschland, denen ich seit August kaum noch in die Augen blicken mag, weil sie ausnahmslos verzweifelt sind und in unbändiger Sorge um ihre Angehörigen, besonders ihre weiblichen Angehörigen.

Aber das Gefühl, wie betäubt zu sein, hat einen Grund auch darin, daß mit dem Scheitern in Afghanistan weltweit jedes Engagement für Demokratie in der Welt, für den Aufbau von Zivilgesellschaften, für Befreiung hinfällig zu sein scheint. Meine Damen und Herren, ich habe mein ganzes intellektuelles Leben darum gekämpft, daß wir den Blick nach außen wenden und uns bei aller Liebe zu unserer jeweiligen Heimat gleichzeitig als Weltbürger verstehen. Aber nun lautet der Tenor vieler Kommentare und erst recht in den Sozialen Netzwerken: Wenn unsere Hilfe soviel Schaden anrichte, dann wäre es doch besser für alle, wenn wir nirgends mehr intervenieren. Entsprechend war von auswärtiger Politik, von globaler Verantwortung, von internationalem Engagement im zurückliegenden Wahlkampf so gut wie nichts mehr zu hören. Und ich beschloß, über genau das Thema zu sprechen, das mich dieser Tage politisch am meisten bewegt. Denn sehr wohl hat Afghanistan mit Niedersachsen zu tun – und nicht nur, weil die zurückkehrenden deutschen Soldaten in Wunstorf gelandet sind, gerade mal zweiundzwanzig Kilometer von diesem Saal entfernt.

Auch die Gründung des Bundeslandes Niedersachsen am 1. November 1946 verdankt sich einem ausländischen Militäreinsatz und erfolgte durch eine Besatzungsmacht. Das heißt, wir feiern heute den phänomenalen Erfolg einer militärischen Intervention. Und wir sahen vor zwei Monaten zwanzig Kilometer entfernt das Ende einer spektakulär gescheiterten militärischen Intervention. Sind beide Einsätze vergleichbar? Gewiß nicht in ihrem Umfang. Aber in beiden Fällen schlossen sich zahlreiche und dabei ganz unterschiedliche Staaten zusammen, um ein außergewöhnlich mörderisches Regime zu stürzen. Natürlich verfolgten die beteiligten Staaten in beiden Fällen auch ihre eigenen, egoistischen Interessen, strategisch, ökonomisch, sicherheitspolitisch; Altruismus hat die Welt noch nie regiert. Gleichwohl setzte sich sowohl 1939 als auch 2001 nach langem Zögern international die Einsicht durch, daß eine faschistoide Ideologie gewaltsam bekämpft werden muß, soll sie sich nicht weiter ausbreiten – und um nichts anderes als einen Faschismus religiöser Prägung handelt es sich bei dem militanten Wahhabismus der Taliban, der nicht etwa in jahrhundertealten Traditionen der Paschtunen fußt, sondern eine genuine Schöpfung der Moderne ist.

„Nichts ist gut in Afghanistan“, das hat 2010 eine prominente Niedersächslerin gesagt, die damalige Landesbischöfin und EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann, und die Ereignisse seit dem Fall Kabuls scheinen ihr Recht zu geben. Und doch: Der Satz war damals falsch und eine Ohrfeige für alle, die sich in Afghanistan unerschrocken für eine friedliche Entwicklung einsetzten. Und er wird nicht nachträglich richtig durch das jähe, von außen mutwillig herbeigeführte Scheitern dieses zwanzigjährigen Bemühens. Denn was wir jetzt beobachten, ist ja nicht etwa die Folge des westlichen Einsatzes – dessen Folgen waren problematisch genug, und ich selbst gehörte seit meiner ersten Reise durch Afghanistan 2006 zu den schärfsten Kritikern der NATO-Strategie. Was Afghanistan jetzt erlebt, ist die unmittelbare kausale Folge unseres Rückzugs. Tatsächlich ist genau das geschehen, wenn auch in der Umsetzung zugegeben dilettantischer, verantwortungsloser als jemals für möglich gehalten, was nicht wenige Gruppen am linken und rechten Rand des politischen Spektrums seit Jahren gefordert hatten: Beendet den Krieg in Afghanistan! Der Krieg ist beendet, ja. Aber ist deswegen irgend etwas besser geworden in Afghanistan? Nein, im Gegenteil: Nun ist auch das wenige Gute zunichte gemacht, was der westliche Militäreinsatz ermöglicht hat: Frauenrechte, Zugang zu Bildung, freie Presse, die Herausbildung einer Zivilgesellschaft, internationaler Austausch, die Entfaltung von Kunst, Literatur, Musik. Und die Vereinten

Nationen berichten, daß die Nahrungsmittelversorgung für mehr als die Hälfte der afghanischen Bevölkerung ungesichert ist und bereits 3,2 Millionen Kinder akut unternährt sind. „Afghanistan ist jetzt eine der weltweit schlimmsten humanitären Krisen, wenn nicht die schlimmste“, sagte vergangene Woche der Direktor des Welternährungsprogramm der UN, David Beasley: „Wir befinden uns im Countdown zur Katastrophe.“

Nun steht ein neues militärische Engagement nicht zur Debatte, und so bliebe mir nur zu appellieren, daß die Welt Afghanistan nicht wieder vergessen darf. Allerdings würde sich bei dem Satz meine Zunge verknoten, weil ich, weil alle hier im Saal wissen, daß genau dies geschehen wird: Afghanistan wird wieder vergessen, ist es praktisch schon jetzt, zwei Monate nach der Rückkehr unserer Soldaten. Vergessen wie Jemen, Äthiopien, Madagaskar, Burma, Syrien, um nur einige der verheerendsten Kriege und Hungersnöte anzuführen, die in der deutschen Politik, im deutschen Fernsehen nicht die geringste Rolle spielen. Jedoch die Frage, die der Einsatz unserer Soldaten in Afghanistan aufgeworfen hat, sie wird nicht verschwinden, sie wird vielleicht sogar – wenn Sie an die Entwicklung in Mali denken – in den nächsten Wochen oder Monaten bereits wieder unsere Krisengremien und Talkshows beschäftigen. Ich meine die Frage, ob der Westen, ob Europa, ob ganz konkret die Bundeswehr militärisch in einen Konflikt eingreifen soll.

Kein Blut für Öl – dem würde vermutlich jeder im Saal zustimmen, selbst Wirtschaftsvertreter zumindest öffentlich. Aber was, wenn ein Völkermord im Gange ist, Frauen zu Tausenden vergewaltigt werden oder ein Diktator Giftgas gegen die eigene Bevölkerung einsetzt? Gerade an einem Tag wie diesem, da wir eine Freiheit feiern, die fremde Soldaten für uns erkämpft haben, sollten wir uns die Antwort nicht zu einfach machen, etwa indem wir uns nach dem Debakel in Afghanistan auf die Einsicht zurückziehen, Demokratie sei nun einmal nicht zu exportieren. Eher ist die Lehre aus beiden Daten, dem 1. November 1946 und dem 27. August 2021, daß es eine einfache Antwort nicht gibt. Die Soldaten, die von Wunstdorf abfliegen, können nicht nur ihr eigenes Leben verlieren, sie können auch, und sei es gegen ihre Absicht und die Absicht ihrer Befehlshaber, das Leid einer Bevölkerung noch vermehren. Aber Tod kann es auch bringen, und im Einzelfall sogar tausendfachen, millionenfachen Tod, wenn Soldaten in ihren Kasernen bleiben.

Der Einmarsch in den Irak 2003 war nicht nur ein Bruch des Völkerrechts, er war zugleich eine katastrophale Fehlentscheidung, und wir können, um noch einen zweiten prominenten Niedersachsen anzuführen, nein, wir müssen Gerhard Schröder bis heute dankbar sein, daß er Deutschland aus diesem verbrecherischen Krieg herausgehalten hat – gegen den Willen der damaligen Oppositionsführerin Angela Merkel. Die Flugverbotszone und die Luftangriffe 2011 in Libyen, als Millionen Aufständische im Osten des Landes durch den Vormarsch der Regierungstruppen bedroht schienen – ich gebe zu, ich war zunächst unsicher, ob Deutschland gut daran getan hatte, sich bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat als einzige westliche Nation zu enthalten. Die deutsche Presse, die Opposition mit Ausnahme der Linken und selbst der eigene Koalitionspartner waren jedenfalls danach voller Kritik am damaligen Außenminister, der Deutschland in die Isolation geführt habe. Heute wissen wir, weiß auch ich selbst, daß Guido Westerwelle mit seinen Zweifeln an der libyschen Opposition und den westlichen Motiven rechtbehalten hat, möge er in Frieden ruhen.

Andererseits hat die Enttäuschung nach den Lügen über Libyen dazu geführt, daß sich wenig später im Westen niemand bereit fand, die aufständische Bevölkerung in Syrien vor den Faßbomben und dem Giftgas des Assad-Regimes zu schützen. Anders als im Irak oder Afghanistan ging es nicht um eine Militärinvention. Die anfangs noch säkuläre syrische Opposition, angeführt unter anderem von einem Christen, Michel Kilo, forderte von der Weltgemeinschaft, eine Flugverbotszone einzurichten, damit das Militär die eigene Bevölkerung nicht länger aus der Luft bombardiert. Nach Ausbruch des Bürgerkriegs stand außerdem eine Bewaffnung der Freien Syrischen Armee im Raum. Beides wurde abgelehnt, die Opposition sich selbst überlassen. In der Folge engagierten sich andere ausländische Mächte, vor allem Saudi-Arabien, die Türkei, Rußland, Iran, zogen ausländische Dschihadisten nach Syrien ein, erstarkte der sogenannte „Islamische Staat“, geriet die demokratische Revolution zunehmend zu einem konfessionellen Konflikt, verloren Millionen Syrer ihre Heimat und Hunderttausende ihr Leben; auf Jahrzehnte wird das Land ein Trümmerfeld sein. Aus heutiger Sicht läßt sich mit einiger Bestimmtheit sagen, daß ein frühzeitiges Engagement des Westens in Form einer großangelegten diplomatischen Initiative, massiven ökonomischen Drucks und des Einsatzes begrenzter militärischer Mittel bei allen schwer zu kalkulierenden Folgen ein solches endzeitliche Szenario verhindert hätte. Weder hätte der IS zeitweise den halben Orient erobert, noch hätte die Flüchtlingskrise 2015 Europa gespalten, bis hin zum Austritt Großbritanniens aus der EU. Jesiden und Christen wären nicht aus ihrer Heimat

vertrieben, Europas Hauptstädte nicht von einer Serie schwerer Terroranschläge überzogen worden.

Es gibt viele weitere Beispiele, in denen unsere Passivität einen Krieg verlängert, die Gewalt eher vermehrt hat, am drastischsten wahrscheinlich in Ruanda, aktuell im Jemen. Oder denken Sie an die Belagerung von Sarajewo, an das Massaker von Srebrenica, die buchstäblich vor den Augen der NATO stattfanden. Und es gibt andere Länder, mit dem Irak und Libyen habe ich soeben zwei genannt, in denen just die Intervention zu einem Flächenbrand geführt hat – oder wir rundherum gescheitert sind wie in Afghanistan. Jeder Konflikt ist anders, und oft genug läßt sich nur zwischen falschen Entscheidungen abwägen, weil es für die richtige Entscheidung zu spät ist wie 2016, als der IS den gesamten Irak zu erobern drohte. Damals hat sich der Westen kurzfristig entschieden, die kurdische Armee zu bewaffnen und die schiitischen Volksmilizen durch Luftaufklärung zu unterstützen, und das war in der dramatischen Situation vollkommen richtig, weil ein Völkermord an Jesiden und Christen, Kurden und Schiiten unmittelbar bevorstand. Es ist nicht auszudenken, was geschehen wäre, wenn der IS nach Bagdad und in die Flüchtlingslager im Nordirak eingedrungen wäre, die Massenvergewaltigungen, Enthauptungen, Kreuzigungen, Versklavungen.

Wie gesagt, das sind keine vergangenen Debatten. Erst im Mai hat die Frage Robert Habecks, ob die Ukraine im Krieg gegen das übermächtige Rußland nicht mit Waffen zu unterstützen sei, für heftiges Aufsehen gesorgt, und gerade in diesen Monaten steht Deutschland vor der Entscheidung – auch wenn sie in der Berichterstattung kaum Platz einnimmt –, ob die Bundeswehr aus Mali abzieht. Erinnern wir uns: Der Militäreinsatz unter französischer Führung begann, als Dschihadisten große Teile des Landes bis hin zur mythischen Stadt Timbuktu erobert, die Bevölkerung unterjocht, den lokalen mystischen Islam verfolgt und die reiche malische Kultur praktisch vollständig verboten hatten. Tatsächlich konnten die Dschihadisten zurückgedrängt werden, aber wesentliche Ziele hat der europäische Militäreinsatz verfehlt; das Land ist weit von Stabilität entfernt, und nach dem neuerlichen Putsch gegen die zivile Regierung im vergangenen Sommer sind auch die Reste der Demokratie beseitigt. Aber waren die Ziele nicht von Anfang an zu hoch gesteckt? Und was, wenn Europa Mali sich selbst überläßt? Wiederholt sich dann Afghanistan? Rollt dann die nächste Flüchtlingswelle auf uns zu? Werden die nächsten Bombenanschläge dann von Mali

aus geplant? Offen gesagt, ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß wir uns genau jene Fragen stellen müßten, die unbequem sind. Von einfachen Antworten haben wir alle genug.

Meine Damen und Herren, ich bin politisch sozialisiert worden mit der deutschen Friedens- und Umweltbewegung, mit dem Widerstand gegen das atomare Endlager in Gorleben ebenso wie mit der Sitzblockade vor der Hardthöhe. Auf meinem ersten Auto prangte viele Jahre ein Aufkleber, der piktographisch „Fuck the Army“ rief. Allerdings bin ich seither auch viel gereist, und als Reporter habe ich Krieg und Gewalt aus nächster Nähe erlebt. Speziell in Afghanistan kenne ich den Blick von den westlichen Panzern und den Blick auf die westlichen Panzer, weil ich sowohl mit der NATO als auch als Zivilist durchs Land gereist bin. Wenn ich heute anlässlich des Jubiläums eines Bundeslandes, das seine Existenz, seine Freiheit, seine Prosperität einem ausländischen Militäreinsatz verdankt, über Deutschlands Verantwortung in der Welt spreche, kann ich nicht sagen, daß Auslandseinsätze grundsätzlich abzulehnen sind. Zugleich habe ich mit eigenen Augen gesehen, was Waffen anrichten und reagiere auch als Schriftsteller allergisch, wenn Flächenbombardements von der NATO als „humanitäre Interventionen“ verbrämt werden. Krieg ist nicht humanitär, und einer der Kardinalfehler der westlichen Strategie in Afghanistan lag eben darin, daß auch das zivile Engagement von Anfang an einer militärischen Logik unterworfen war. Die NATO, die Bundeswehr, sie sind nicht dafür da, neue politische Systeme einzuführen, staatliche Macht zu konsolidieren und zerrissene Gesellschaften zu einen. Gleichwohl kann die Alternative nicht darin bestehen wegzusehen, wenn Völker vernichtet, vertrieben, versklavt werden. Die Alternative kann nicht sein, sich überhaupt nicht mehr in der Welt zu engagieren. Wo liegt sie dann? Ich glaube, die Alternative liegt in dem weiten Feld zwischen Nichtstun und Krieg. Man nennt es geläufig Politik.

Politik, in diesem Fall Außenpolitik, beginnt nicht mit Militäreinsätzen und endet nicht mit dem Dialog mit Diktatoren, auch wenn sie beides umfassen kann. Politik bedeutet, gerade dort nach Lösungen zu suchen, wo eine Lage aussichtslos zu sein scheint. Sie bedeutet, nicht mit den Achseln zu zucken, wenn elementare Menschenrechte mißachtet werden, Freiheit, Frieden, genügend Nahrung, Wohnraum, Politik bedeutet Diplomatie, sie bedeutet Austausch, sie bedeutet Wissen von der Welt, sie bedeutet Kopfzerbrechen, Beharrlichkeit, Geduld. Politik kann auch aus Sanktionen bestehen, aus Drohungen und ja, in Einzelfällen aus klar umrissenen, strikt begrenzten militärischen Mitteln. Politik bedeutet, sich nicht nur für das Eigene zu interessieren, sondern ebenso für das Fremde, und zwar schon aus dem einfachen,

egoistischen Grund, daß wir unseren eigenen Frieden, unseren eigenen Wohlstand nicht werden bewahren können, wenn in weiten Teilen der Welt Not und Gewalt herrschen. Das Fremde wird dann nämlich zum Eigenen, in Gestalt von Flüchtlingen, in Gestalt von Anschlägen, in Gestalt von Schreckensbildern, die auszuhalten unsere eigene Seele und die Zivilität unseres Gemeinwesens zerstört.

Nicht erst seit dem Sommer, nein, schon seit Jahren erleben wir in Deutschland einen dramatischen Bedeutungsverlust der Außenpolitik, in der Politik ebenso wie in den Medien. Dieses Desinteresse an der Welt scheint paradoxerweise durch das Afghanistandebakel noch einmal beschleunigt worden zu sein. Außenminister, das war noch vor zehn, zwanzig Jahren das zweitwichtigste Amt im Staat, und heute ist es Heiko Maas. Spielte die internationale Politik im Wahlkampf schon keine Rolle, ist auch aus den Koalitionsverhandlungen keineswegs zu hören, daß die Welt jenseits des Mittelmeeres von sonderlichem Interesse wäre. Das Sondierungspapier der drei künftigen Regierungsparteien führt die Außenpolitik denn auch als letzten Punkt auf.

Zugleich wird unser Leben bis hin in die alltäglichsten Verrichtungen immer abhängiger von äußeren Faktoren, und da müssen wir nicht einmal an die Pandemie denken, an den Klimawandel, an die Fluchtbewegungen, die nach Berechnungen der Vereinten Nationen in den nächsten Jahrzehnten massiv anschwellen werden. Es reicht der Blick auf die heimischen Benzinpreise, der Blick auf das Exportvolumen, es reicht der Blick auf das eigene Smartphone, für dessen Innenleben es Seltene Erden und Lithium braucht. Die meisten Reserven weltweit werden in Afghanistan vermutet, und das allein ist etwa für China ein Grund, sich aus dem Land keineswegs zurückzuziehen. Nur wird das chinesische Engagement den Afghanen kaum zu ihrer Freiheit verhelfen. Wenn wir schon meinen, Demokratie sei nicht zu exportieren – was am heutigen Tag, an diesem Ort noch absurder klingt –, dann sollten wir uns zumindest dafür interessieren, woher unsere Importe kommen und wo wir unsere Automobile künftig verkaufen können. Immerhin ist es ein Niedersachse – um noch ein drittes Kind Ihres schönen und vielfältigen Bundeslandes anzuführen –, der das Wort Kosmopolitismus in die deutsche Sprache eingeführt hat: Gotthold Ephraim Lessing. Ihm, der viele Jahre die Bibliothek in Wolfenbüttel geleitet hat, verdanken wir überhaupt erst den Begriff des Weltbürgers, der auch mich heute leitet.

Meine Damen und Herren, mir ist bewußt, der heutige Tag ist ein Fest für Sie, ein Fest für alle Niedersachsen. Die Erfolgsgeschichte unserer Bundesländer und der gesamten Bundesrepublik ist unfaßbar, sobald man sich die Situation Deutschlands am 1. November 1946 vor Augen führt: gedemütigt, zerbombt, moralisch vor aller Welt diskreditiert. Das immerhin gibt Hoffnung auch jenen Ländern, deren Lage in diesen Wochen aussichtslos zu sein scheint: Zukunft nimmt selten den erwarteten Verlauf und kennt im Schlechten, jedoch manchmal auch im Guten Wendungen, die unvorstellbar waren. Bei allem, was an der Bundesrepublik zu kritisieren war und ist, erscheint mir die jüngere deutsche Geschichte ein solches Wunder zu sein. Das weiß ich nicht nur abstrakt, das fühle ich bei jeder Rückkehr von einer Reportage tief im Gemüt, und ich möchte auch an Sie, an unsere Kinder, an jeden neuen Mitbürger appellieren, sich dieses Glücks bewußt zu sein. Wir verdanken es ganz konkret auch jenen britischen Soldaten, die für die Befreiung der damaligen Länder Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover ihr Leben aufs Spiel gesetzt oder sogar verloren haben. Welche Vergleiche man immer heranziehen möchte, historisch, geographisch – wir leben in einem guten Land.

Allein, als Weltbürger, der ich zu sein versuche, fühle ich nun einmal nicht nur für Deutschland, und so möchte ich mit einem – ja, mit einem wohl etwas melancholischen Satz enden, der die Freude über diesen Festtag hoffentlich nicht zu sehr trübt. Es ist der Satz des Fräuleins im dritten Akt der *Minna von Barnhelm*, den Lessing in eben jener herrlichen Bibliothek von Wolfenbüttel schrieb: „Es ist so traurig, sich allein zu freuen.“ Das gilt für Menschen, aber es gilt auch für Völker, für Kontinente, für die Menschheit, und wenn sie möchten, meine Damen und Herren, hören Sie in dem Satz nicht nur den Seufzer, sondern auch die Aufgabe, die Utopie. Es ist so traurig, sich allein zu freuen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und gratuliere dem Land Niedersachsen zum 75. Jahrestag seiner Gründung.

©Navid Kermani